

Dokumentation des Wortbruchs von CDU und FDP beim Nachtflugverbot

Erstellt von der SPD-Fraktion im
Hessischen Landtag, September 2009
Aktualisierte 2. Fassung Oktober 2011

Postfach 3240
65022 Wiesbaden
Schloßplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 350-519
Telefax: 0611 / 350-511
e-mail: spd-fraktion@ltg.hessen.de
Internet: <http://www.spd-fraktion-hessen.de>



Einleitung

Seit Abschluss des Mediationsverfahrens zum Ausbau des Frankfurter Flughafens haben CDU und FDP immer wieder das Versprechen erneuert, dass das Mediationspaket umgesetzt wird. Diese Dokumentation soll den Verlauf der Diskussion um das Nachtflugverbot und eng damit verknüpfter Fragen - beispielsweise zu dessen Verankerung im Landesentwicklungsplan, zur Beantragung des Nachtflugverbots durch die Fraport AG und zur Verlagerung von Fracht- und Charterflügen zum Flughafen Hahn – darstellen.

Der Schwerpunkt liegt darauf, das unmissverständliche Versprechen eines Nachtflugverbots im Zusammenhang mit dem Flughafenausbau zu dokumentieren.

Dieses Versprechen wurde sowohl in absoluter Form ausgesprochen, als auch mit der Einschränkung der rechtlichen Durchsetzbarkeit. Aber zu keiner Zeit haben CDU oder FDP angekündigt, dass sie selbst bereit wären, gegen ein mögliches Nachtflugverbot gerichtlich vorzugehen, wie es inzwischen mit der Revision gegen das Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs vom 21. August 2009 geschehen ist.

Die Positionierung von CDU und FDP zum Nachtflugverbot lässt sich in mehreren Phasen darstellen:

1. Phase: Ein glasklares Versprechen

Im Großen und Ganzen haben CDU und FDP von der Vorlage des Mediationsergebnisses bis zur Beschlussfassung des Landtags über den Landesentwicklungsplan ein glasklares, uneingeschränktes Versprechen für ein Nachtflugverbot abgegeben.

So formulierte Roland Koch „Nachtruhe ist Nachtruhe. Wenn jemand glaubt, er könne an diesem Wort etwas interpretieren, so kann ich das nicht nachvollziehen.“ Das Nachtflugverbot sei eine schiere Selbstverständlichkeit.

Jörg-Uwe Hahn sagte: „Wir machen Ernst mit dem Nachtflugverbot“. Sein Fraktionskollege Michael Denzin brachte es auf den Punkt. „Wir streben nachts null Flüge an. Es bleibt dabei, und wir werden das erreichen.“ Später prägte Hahn das Bild von der Münze mit den beiden Seiten Ausbau und Nachtflugverbot, die untrennbar seien.

Je näher die Landtagswahl vom Januar 2003 heranrückte, desto apodiktischer wurden die Äußerungen der damaligen Koalitionsparteien zum Nachtflugverbot. Und so hieß es im Wahlprogramm der CDU „Es bleibt dabei: Keine neue Landebahn ohne Nachtflugverbot, kein Nachtflugverbot ohne neue Landebahn.“

Im April 2003 erklärte Jörg-Uwe Hahn – inzwischen formal in der Opposition, tatsächlich als Stützrad der Regierung – das Mediationsergebnis zur „Bibel“.

Nach der Antragstellung zum Planfeststellungsbeschluss durch die Fraport AG gaben sich die CDU und die Landesregierung sicher, dass das beantragte

Nachtflugverbot erlassen werde. So kündigte Michael Boddenberg an: „Verlassen Sie sich darauf, dass es einen Ausbau ohne ein sechstündiges Nachtflugverbot nicht geben wird.“ Die FDP bekräftigte ihre Position mit einem Parteitagsbeschluss vom April 2005.

Im Zusammenhang mit der Beschlussfassung des Landtags über den Landesentwicklungsplan (LEP) gab es eine lebhafte Debatte darüber, wie verbindlich das Nachtflugverbot im LEP festgeschrieben werden könne. Alle Beteiligten von CDU und FDP bekräftigten, dass das Nachtflugverbot aus rechtlichen Gründen nicht im LEP verankert werden könne, dies aber kein Abrücken von der Zusage eines Nachtflugverbots darstelle. Michael Boddenberg und Dieter Posch betonten, die erhöhte demokratische Legitimation, die der Planfeststellungsbeschluss durch die Zustimmung des Landtags erhalte. Mit der Beschlussfassung über den LEP sei die Absicht verbunden, das Mediationsergebnis zu verwirklichen. Dieter Posch erklärte: „Wir Liberale stehen in dieser Frage ganz klar für die Umsetzung des Mediationspaktes. Wir sind für ein Nachtflugverbot. Aber es bleibt in sachlicher Weise festzustellen, dass dieses Verfahren Gegenstand dieses nun folgenden Planfeststellungsbeschlusses sein muss.“

2. Phase: Vorbereitung des Wortbruchs durch Neuinterpretation

Im Herbst 2007 begann eine neue Phase der Argumentation durch CDU und FDP.

Auf die Forderung der Lufthansa nach 41 Nachtflügen ließen CDU und FDP durchblicken, dass sie einige planmäßige Nachtflüge für vertretbar hielten. So sagte Michael Boddenberg am 28. September 2007: „Da dem Schutz der Anwohner höchste Priorität einzuräumen ist, sind nach meiner Einschätzung lediglich einige dringend erforderliche Frachtflüge denkbar.“ Auch die Jörg-Uwe Hahn sprach plötzlich von „unabweisbaren“ Flügen. Roland Koch erfand die Formulierung von den „krassen Ausnahmen“. Ebenfalls neu in die Diskussion eingebracht wurde die Formulierung, das Nachtflugverbot in seiner Substanz zu erhalten.

Dies alles diene offenkundig der Vorbereitung des Wortbruchs durch den geplanten Planfeststellungsbeschluss.

Um die damit verbundene Glaubwürdigkeitslücke zu überbrücken, wurde der Begriff des „gerichtsfesten Nachtflugverbots“ geboren. Die „Maximalforderung ‚null Flieger nachts‘“ sei politisch bequemer, drohe aber vor Gericht gekippt zu werden.

Jörg-Uwe Hahn hingegen bekannte sich auf dem Rotenburger Landesparteitag dann doch noch einmal ausdrücklich zum Nachtflugverbot: „In der politischen Diskussion ist derzeit die Frage, ob es ein absolutes, ob es ein relatives, ob es ein pragmatisches oder wie auch geartetes Nachtflugverbot gibt. Wir hessische Liberale wissen, dass es hier kein Zurückweichen geben darf! Hier sind Steherqualitäten gefragt und hier werden wir mit unseren politischen und rechtlichen Kräften gegen Aufweichung kämpfen!“

3. Phase: Wortbruch mit juristischer Tarnung

Kurz vor Verkündung des Planfeststellungsbeschlusses legte sich Ministerpräsident Koch dann auf „wenige Ausnahmen“ fest. Es wäre unverantwortlich aus

Bequemlichkeit im Wahlkampf „eine rechtswidrige Lösung zu verkünden und sie später vom Gericht aufheben zu lassen.“

Dies entsprach der Argumentation, mit der Wirtschaftsminister Rhiel dann am 18. Dezember 2007 den Planfeststellungsbeschluss begründete. Die 17 zugelassenen Nachtflüge stellten die „absolute Untergrenze des (...) rechtlich gerade noch Tolerierbarem dar.“

Die FDP bekundete, dass die Planfeststellungsbehörde auf rechtlichen Gründen keine Möglichkeit sehe, ein Nachtflugverbot vollständig umzusetzen. Dies sei „sicherlich kein Grund zum Jubeln“, erklärte Dieter Posch.

Roland Koch verwies ausdrücklich auf die Chancen von möglicherweise klagenden Fluggesellschaften, das ganze Nachtflugverbot zu zerstören. Michael Boddenberg ging einen Schritt weiter und tonte „Die CDU hat Wort gehalten. Ausbau und Nachtflugverbot kommen.“ Und Ministerpräsident Koch gab sich sicher: „Ein rechtssicheres Nachtflugverbot erreicht zu haben, ist etwas, worauf die hessische Landesregierung sehr stolz ist.“ Später steigerte er sich in die Behauptung: „Jede andere Entscheidung als die getroffene hätte zu mehr Nachtflügen und nicht zu weniger Nachtflügen geführt.“

Der Gipfel der Tatsachenverdrehung war die Behauptung, die SPD habe den jahrelangen Konsens beim Flughafen verlassen.

Die zahlreichen Versuche, die Nachtfluggenehmigungen zu einem Nachtflugverbot umzudeuten, waren allerdings in der Öffentlichkeit nicht erfolgreich. Und auch nicht vor dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof.

4. Phase: Juristische Tarnung aufgefliegen – der Wortbruch geht weiter

Mit dem Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs vom 21. August 2009 ist die angebliche juristische Begründung für die 17 Nachtfluglizenzen unhaltbar geworden. Aber anstatt diesen Teil des Urteil zu begrüßen und seine Umsetzung freudig anzukündigen, ist die Landesregierung gegen dieses Urteil vor dem Bundesverwaltungsgericht in Revision gegangen.

Damit geht die Landesregierung aktiv und gezielt gegen das Nachtflugverbot vor und straft erneut alle ihre bisherigen Erklärungen und Begründungen Lügen strafen.

Die Begründung, nur durch die Revision Rechtssicherheit zu bekommen, trägt nicht und erscheint vorgeschoben. Der vom Hessischen Verwaltungsgerichtshof vorgegebene Weg, ein ergänzendes Planfeststellungsverfahren durchzuführen, wäre der richtige Weg, um das Nachtflugverbot zu erreichen und allen Beteiligten Planungssicherheit zu geben.

Der Hessische Verwaltungsgerichtshof hat mit seinen Beschlüssen vom 10. Oktober 2011 seine Rechtsauffassung bekräftigt, dass die Zulassung von 17 Nachtflügen rechtswidrig ist. Die Landesregierung hält gleichwohl an der Revision fest, um ihren Wortbruch doch noch durchzusetzen.

CDU

Roland Koch

18. Mai 2000

„Die Flughafen AG und insbesondere die Lufthansa werden natürlich nach wie vor sagen, es sei eine gewaltige Erschwerung ihrer ökonomischen Bedingungen, wenn sie den Flughafen nicht rund um die Uhr vollständig nutzen können. Das tragen sie heute schon vor. Das werden sie bei Einschränkungen in Zukunft noch öfter vortragen. Sie haben sich dennoch bei dem Punkt Nachtflugverbot in den Beratungen im Mediationsverfahren am Ende der Stimme enthalten und signalisiert: "Wenn es irgendwo eine Bresche geben muss, dann müssen alle Preise zahlen." Und sie haben auch definiert, wo solche Preise liegen können. (...)

Ich sage Ihnen für mich persönlich - der Wirtschaftsminister sagt anschließend etwas zum Nachtflugverbot, wir machen da eine sehr sorgfältige Trennung -, ich glaube, dass es aller Mühen und Anstrengungen wert ist, zu beweisen, dass die Politik in der Lage ist, ein solches Mediationsergebnis, obwohl unterschiedliche Interessen fortbestehen und auch öffentlich geäußert werden, am Ende durchzusetzen. Ich möchte beweisen, dass wir dazu in der Lage sind.“

(aus einem weiteren Redebeitrag in dieser Debatte) „Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das müssen wir dann an dieser Stelle austragen. Ich glaube nicht, dass der Wettbewerb zwischen den Fraktionen an der richtigen Stelle angefangen wird, wenn versucht wird, Wortexegese zu betreiben. Ich sage ausdrücklich: Nachtruhe ist Nachtruhe. Wenn jemand glaubt, er könne an diesem Wort etwas interpretieren, so kann ich das nicht nachvollziehen. (...)

Sache ist, es gelten alle Punkte. Das heißt, es muss genauso ein Ausbau her wie ein Nachtflugverbot. Das steht in dem Papier. Das ist eine schiere Selbstverständlichkeit. Da gibt es nichts Neues, und auf diese Feststellung lege ich ausdrücklich Wert. Das ist derzeit - und auch das ist die Wahrheit - die Meinung des Menschen Roland Koch.“

Quelle: Plenarprotokoll des Hessischen Landtags

FDP

Jörg-Uwe Hahn

18. Mai 2000

„Für uns sind die fünf Punkte des Ergebnisses der Mediation nicht nur Arbeitsgrundlage, sondern Grundlage für die in den nächsten Wochen oder Monaten zu treffende Entscheidung - und zwar bilden alle fünf Punkte die Grundlage. Verehrte Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, ich lasse es ebenfalls nicht zu, dass Sie jetzt meinen, sich eine einzige Rosine aus dem Paket herauspicken zu können. Nein, es handelt sich um einen Fünfer-Pack. Er reicht vom Ausbau über die Optimierung, das Nachtflugverbot, den Anti-Lärm-Pakt bis hin zum regionalen Dialogforum. Diese fünf Punkte gehören zusammen. Die F.D.P.-Fraktion wird dafür kämpfen, dass alle fünf Punkte umgesetzt werden.“

Quelle: Plenarprotokoll des Hessischen Landtags

CDU

Clemens Reif

18. Mai 2000

„Wir, die Koalitionsfraktionen, stehen ohne Wenn und Aber hinter dem von den drei Mediatoren vorgelegten Fünf-Punkte-Programm. Da haben wir keine Abstriche zu machen. Dazu gehört das regionale Dialogforum ebenso wie der Anti-Lärm-Pakt. Dazu gehört die Optimierung des bestehenden Bahnsystems wie der Ausbau des Flughafens, und dazu gehört auch ein Nachtflugverbot. Sie haben bisher von keinem Abgeordneten der Fraktionen der CDU und der F.D.P. und von keinem Kabinettsmitglied gehört, dass auch nur einer oder eine im Einzelnen von den Vorschlägen der Mediatoren und auch von dem Vorschlag des Nachtflugverbotes abgerückt wäre. Ganz im Gegenteil, jeder hat dies zu einem der wichtigsten Bausteine des Ausbaus des Flughafens in Frankfurt erklärt. Dabei wird es auch bleiben. Wir, die Mitglieder der CDU, wissen, dass eine fluglärmfreie Zeit von sechs Stunden am Flughafen in Frankfurt Zug um Zug umzusetzen ist. Mit der Inbetriebnahme der neuen Landebahn muss die Regelung, eine lärmfreie Zeit von 23 Uhr bis 5 Uhr, voll in Kraft sein. Damit stehen wir voll hinter und zu dem, was die Mediatoren vorgeschlagen haben.
(...)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine lärmfreie Zeit am Flughafen in Frankfurt einzuführen, das wird la longue nicht zu Wettbewerbsnachteilen führen, was immer befürchtet wird. Denn andere internationale Flughäfen müssen nachziehen. Die Anwohner in Amsterdam, in London, die Anwohner am Kennedy-Flughafen in New York und am Flughafen Charles de Gaulle und an anderen internationalen Plätzen werden ebenso weniger Lärm haben wollen, und sie werden sich dann an Frankfurt orientieren. Die Flughafenbetreiber dort können sich nicht erlauben, mit ihren Anwohnern schlechter umzugehen als wir in Frankfurt. Deshalb wird es Zug um Zug auch bei anderen Flughäfen an großen internationalen Standorten vollkommen nachtflugfreie Zeiten geben. Somit ist das Argument des Wettbewerbsnachteils für Frankfurt nicht zutreffend, sondern diese Maßnahme wird sich zunehmend zu einem Vorteil entwickeln. Auch die Fluggesellschaften, die verladende Wirtschaft, die Speditionsgesellschaften und die angesiedelten Unternehmen werden es nicht als Nachteil empfinden, die Bevölkerung nicht zu stören, sondern sie werden es als einen Vorteil empfinden, dass sie mit dem Umfeld, mit den Anwohnern im Reinen sind.“

Quelle: Plenarprotokoll des Hessischen Landtags

FDP

Michael Denzin

18. Mai 2000

„Ich will noch einmal daran erinnern, dass die Mediatoren ihre Vorschläge ausdrücklich als ein Gesamtpaket sehen, ein Gesamtpaket für einen konditionierten Ausbau. Für einen konditionierten Ausbau und damit auch für das Anstreben und Erreichen eines Nachtflugverbots spricht sich auch meine Fraktion aus.“

Quelle: Plenarprotokoll des Hessischen Landtags

CDU/FDP

Gemeinsamer Antrag 8. Juni 2000

Der Hessische Landtag begrüßt das Ergebnis des Mediationsverfahrens. Der Hessische Landtag schließt sich der Schlussfolgerung der Mediationsgruppe an, dass unter Abwägung aller Gesichtspunkte aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung des Flughafens für das Rhein-Main-Gebiet, für Hessen und für die Bundesrepublik Deutschland der Ausbau des derzeitigen Bahnensystems erforderlich ist.

Der Hessische Landtag ist insbesondere der Auffassung, dass die Mediationsgruppe mit den fünf Komponenten

- Optimierung des vorhandenen Systems,
- Kapazitätserweiterung durch Ausbau,
- Nachtflugverbot,
- Anti-Lärm-Pakt und
- Regionales Dialogforum

einen umfassenden und ausgewogenen Vorschlag vorgelegt hat. Der Hessische Landtag macht sich ebenfalls die Forderung der Mediationsgruppe zu Eigen, dass die fünf Komponenten des Mediationspaketes untrennbar miteinander verbunden sind. (...)

Quelle: Drucksache 15/1993

CDU

Roland Koch

21. Juni 2000

„Ich sage Ihnen: Beim Nachtflugverbot wird es immer um die Ausgestaltung gehen. Ohne Nachtflugverbot halte ich einen Flughafen in diesem Ballungsraum mit weiterer Erweiterung nicht für betreibbar. Das habe ich so oft gesagt, dass ich es hier nicht weiter wiederholen muss. Das ist eine sehr klare Position. (...) Wissen Sie, allmählich geht mir die Moral dabei ein bisschen auf die Nerven.“

Quelle: Plenarprotokoll des Hessischen Landtags

FDP

Jörg-Uwe Hahn

31. August 2000

„Ein Nachtflugverbot ist das politische Ziel dieser Regierungskoalition von CDU und F.D.P. Mit den eingeschlagenen Wegen - sowohl im Aufsichtsrat wie auch bei der Genehmigungsbehörde - wird klar: Wir machen Ernst mit dem Nachtflugverbot.“

Quelle: Plenarprotokoll des Hessischen Landtags

FDP

Michael Denzin

31. August 2000

„Wir wollen das Nachtflugverbot. Wir wollen die anderen Kriterien der Mediation. Wir machen aber genau das nicht, was Sie uns vorwerfen, nämlich das, was Lug und Trug wäre. Das müssen Sie sich vorhalten lassen, weil es Unsinn ist, ein Nachtflugverbot als Ziel in den LEP zu schreiben. Es hält rechtlich nicht stand. Wir werden einen Weg finden, außer dass dieser Landtag einstimmig beschließt. Ich glaube, das kann der Bürger von insgesamt 110 Abgeordneten und einer Regierung, die komplett dahinter steht, dies immer wieder betont und verkündet - nicht nur verkündet, sondern auch schon die entsprechenden Schritte vorbereitet -, erwarten.

Dies muss reichen, bzw. es kann alles nicht dadurch ersetzt werden, dass man das an falscher Stelle in einem falschen Plan, nämlich dem Landesentwicklungsplan verankert was gesetzlich und rechtlich nicht haltbar ist. Nur darum geht es. Ich sage Ihnen jetzt zum zehnten Mal für meine Fraktion: Jeder einzelne Punkt aus dem Mediationsverfahren wird von uns mitgetragen.

Wenn wir vom Nachtflugverbot reden, dann sagen wir: Wir müssen alles daran setzen, dass wir es so schnell wie möglich erreichen. - Ich gehe auch konkret vor. Wir sind uns einig, dass der Poststern verlagert werden kann. Ich hoffe, nach Hahn. Wir sind uns einig, dass zumindest Point-to-Point-Flüge im Charterverkehr nach Hahn verlagert werden können. Wir sind uns einig, dass wir die Verkehrsinfrastruktur zwischen Rhein-Main und Hahn ausbauen müssen.“

Quelle: Plenarprotokoll des Hessischen Landtags

CDU/FDP

Gemeinsamer Antrag

19. September 2000

„Der Landtag bekräftigt seine Absicht, im Zuge des Ausbaus neben den anderen Zielen des Mediationsverfahrens in der Zeit von 23.00 Uhr bis 5.00 Uhr ein Nachtflugverbot durchzusetzen, also keine planmäßigen Nachtflüge mehr auf Rhein-Main zuzulassen. Der Landtag verweist auf die "schleichende" Ausweitung der Nachtflüge während der Regierungszeit der rot-grünen Landesregierung von rund 40 Anfang der Neunzigerjahre auf ca. 140 Flugbewegungen pro Nacht. Der Landtag erwartet von der FAG, dass sie in Verhandlungen mit den Nutzern des Flughafens unabhängig vom Vorliegen gesetzlicher Voraussetzungen Vereinbarungen trifft, um diese Flüge bereits jetzt Zug um Zug zurückzuführen.“

Quelle: Drucksache 15/1612

CDU

Clemens Reif

21. September 2000

„Wir alle, die wir in dieser Frage einig sind, nämlich CDU, SPD und F.D.P., haben uns klar zu einer nachflugfreien Zeit, zu dem so genannten Nachtflugverbot, von 23 Uhr bis 5 Uhr bekannt. Dieses ist nicht nur in Beschlüsse der einzelnen Parteigremien von SPD, von CDU und von F.D.P. gefasst worden. Es ist auch hier im Landtag durch einen eindeutigen Beschluss manifestiert worden. Daran gibt es überhaupt nichts zu deuteln. Wir alle sind unseren Gremien und insbesondere der Bevölkerung, für die wir sprechen, für die wir arbeiten und für die wir wirken, in dieser Hinsicht verantwortlich und verpflichtet. Deshalb wird es bei diesem Nachtflugverbot bleiben. Wir werden es durchsetzen. Der Flughafen wird nicht gebaut werden, ohne dass dieses Nachtflugverbot in dieser Kernzeit auch konsequent umgesetzt wird.“

Quelle: Plenarprotokoll des Hessischen Landtags

CDU

Roland Koch

22. Februar 2001

„Es gibt eine unmittelbare Verknüpfung mit der Frage, ob ich den internationalen Flughafen durch Ausbau seiner Kapazität so gestalten kann, dass es auch mit einem Nachtflugverbot zwischen 23 und 5 Uhr ein internationaler Flughafen bleibt. Ich bin der Überzeugung, dass ja, und deshalb gehen wir diesen Weg. Aber er bedeutet: Es gibt den internationalen Flughafen nur, wenn wir ein Nachtflugverbot bekommen, aber es gibt das Nachtflugverbot auch nur, wenn wir den internationalen Flughafen mit seinem Ausbau haben. Das ist die Realität, die man den Menschen in der Region dann auch sagen muss.“

Quelle: Plenarprotokoll des Hessischen Landtags

FDP

Halbzeitbilanz

März 2001

„Als Ausgleich für den Ausbau hat die F.D.P. die Vorstellung der Mediation übernommen, Nachtflugbeschränkungen zu vereinbaren. Das Ziel zwischen 23.00 und 5.00 Uhr heißt: Keine geplanten Nachtflüge mehr“

Quelle: Broschüre der FDP-Landtagsfraktion „Halbzeitbilanz“

CDU

Roland Koch

28. März 2001

„Die Landesregierung steht zum Gesamtpaket der Mediation mit all seinen Punkten. Nur die Verknüpfung dieser Punkte schafft Wachstum auf der einen Seite und Verständnis der

Region auf der anderen Seite. Deshalb bleibt es für das Land Hessen als Anteilseigner der Fraport AG wie auch für die beiden Koalitionsparteien bei der festen Verknüpfung von Ausbau und Nachtflugverbot. Der Frankfurter Flughafen ist und bleibt wegen der äußerst günstigen geostrategischen Lage Hessens mitten in Deutschland unser zentraler Standortvorteil. Es bleibt dabei, dass wir ihn nur erhalten, wenn wir ihn ausbauen. Es bleibt aber auch dabei, dass die Bürger einen Anspruch darauf haben, dass sie dafür Ruhe in der Nacht bekommen. Diese Verknüpfung werden wir nicht aufgeben.“

Quelle: Plenarprotokoll des Hessischen Landtags, Regierungserklärung

FDP

Michael Denzin

27. September 2001

„Natürlich wurde das Mediationsergebnis voll übernommen. Es gibt sogar Leute, die gesagt haben, das hätten wir zu schnell gemacht. Nein, wir haben es richtig gemacht. Wir halten uns an die Mediation, und das werden wir auch weiterhin tun - Sie können draußen noch so viel erzählen und Verunsicherung treiben. Wenn einige Bürgermeister aus räumlich sehr nahe liegenden Gründen das ebenfalls tun, dann ist das keine Entschuldigung dafür, dass Sie hier nur Verunsicherung betreiben - um nicht etwas härter zu werden. Zum dritten Punkt. Das ist nun die letzte Perfidie, die Sie seit einer Woche reiten: Der Wirtschaftsminister versuche, das Nachtflugverbot zu unterlaufen. Das ist absoluter Quatsch. Wir streben nachts null Flüge an. Es bleibt dabei, und wir werden das erreichen.

Es hat gestern zwischen der CDU-Fraktion und allen Interessenten für Nachtflüge ein sehr hartes Gespräch stattgefunden, wie ich mir habe berichten lassen, in dem diese Position von Herrn Boddenberg und einigen anderen wirklich noch einmal unverrückbar dargelegt worden ist. Wir werden dasselbe mit demselben Interessentenkreis machen, damit es da überhaupt keine Zweifel gibt.“

Quelle: Plenarprotokoll des Hessischen Landtags

CDU

Landtagswahlprogramm 8.August 2002

„Die CDU sieht die Inbetriebnahme einer neuen Landebahn nur in Verbindung mit einem dann geltenden Nachtflugverbot in Rhein-Main in der Zeit zwischen 23.00 Uhr bis 5:00 Uhr. Keine neue Landebahn ohne Nachtflugverbot, kein neues Nachtflugverbot ohne Landebahn.“

Quelle: Beschluss des CDU-Landesvorstands zum Landtagswahlprogramm

FDP

Jörg-Uwe Hahn

28. August 2002

„Die fünf Punkte des Mediationsergebnisses werden konsequent, Stück für Stück, Punkt für Punkt und Step by Step, umgesetzt. Die FDP, in Koalition mit der Union, beharrt darauf, dass dieses einmütig in der Region gefundene Kompromissmodell umgesetzt wird. (...)

Wir weisen mit Entschiedenheit darauf hin, dass dies insbesondere für die Verknüpfung gilt: Ausbau fünfte Bahn und Nachtflugverbot. Für uns Liberale - aber ich weiß, das gilt genauso für unseren Koalitionspartner, das gilt für die Regierungskoalition insgesamt - heißt es, die Region hat entschieden, eine neue Münze ins Spiel zu bringen. Diese neue Münze hat zwei Seiten, zwei ganz wesentliche Seiten, Herr Kollege May.

Die eine Seite heißt, die Kapazitätsprobleme am Flughafen lösen, indem man eine Erweiterung macht. Die andere Seite heißt, wenn es eine Erweiterung gibt, dann nur mit einem geplanten Nachtflugverbot von 23 bis 5 Uhr. Eine halbe Münze wird es mit der FDP in dieser Regierungskoalition in Hessen nicht geben. Meine Damen und Herren, das wissen die Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande. (...)

Wir werden alle fünf Punkte konsequent weiter umsetzen, so wie es in der Regierungserklärung von Roland Koch im April des Jahres 2000 gesagt worden ist, so wie es die Fraktionen von FDP und CDU mit mehreren Beschlüssen in diesem Hause dokumentiert haben. Wir sind bereits aktiv dabei, die fünf Punkte umzusetzen. Wir reden nicht wie der Blinde von der Farbe, sondern wir sind sehr konsequent dabei, eines nach dem anderen immer dann, wenn es anliegt, aufzugreifen, zu bearbeiten und zu entscheiden. (...)

Die Gutachter haben festgestellt, wir sind rechtlich und tatsächlich in der Lage, ein Nachtflugverbot so zu organisieren, dass es auf Rhein-Main ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme der neuen Landebahn keinerlei geplante Bewegungen zwischen 23 und 5 Uhr morgens gibt. (...)

Ich sage Ihnen hier eindeutig - und das wird auch die Auseinandersetzung in der Landtagswahl am 02.02.2003 beeinflussen -: Wir Liberale, jeder Abgeordnete dieser Legislaturperiode und der nächsten, jedes Kabinettsmitglied in der ersten Regierung Koch/Wagner und in der zweiten Regierung Koch/Wagner und auch ich als Person, als Mitglied des Aufsichtsrats von Fraport, wir alle fahren nach der Devise, es gibt nur dann den Ausbau, wenn es das Nachtflugverbot gibt; es gibt nur dann das Nachtflugverbot, wenn es den Ausbau gibt. Wir wollen beides für unsere Region.“

Quelle: Plenarprotokoll des Hessischen Landtags

CDU

Roland Koch

20. November 2002

„Deshalb können Sie davon ausgehen, dass mit mir nur im Rahmen dessen, was in der Mediation beschlossen worden ist, gebaut wird. Es wird so gebaut, wie es von den Mediatoren formuliert worden ist, nicht aber, wie es in irgendeiner SPD-Klausel steht. Das bedeutet, dass ich, wenn im Dezember die notwendigen Entscheidungen bei der Flughafengesellschaft anstehen, für das Land Hessen folgende Auffassung vertreten werde:

Wir wollen den Flughafen ausbauen. Wir wollen eine Nordwestbahn bauen, weil das die einzige Möglichkeit ist. Wir wollen zu dem gleichen Zeitpunkt, da wir den Ausbau beantragen, auch ein Nachtflugverbot in Kraft setzen. (...) Selbstverständlich wird das Nachtflugverbot genauso rechtsverbindlich sein wie die Genehmigung selbst.“

Quelle: Plenarprotokoll des Hessischen Landtags

FDP

Jörg-Uwe Hahn

13. Dezember 2002

„Nein, meine Damen und Herren, es sind diese Regierungskoalition und der hessische Wirtschaftsminister Dieter Posch, die dafür sorgen, dass das Mediationsergebnis 1: 1 umgesetzt wird. Wenn ich "1: 1" sage, meine ich, dass es mathematisch richtig umgesetzt wird - nicht etwa so, wie es bei Hartz geschieht. Zu diesen fünf Punkten der Mediation gehört nun einmal der Ausbau des Flughafens. Ich habe schon mehrfach für meine Fraktion gesagt - ich kann nur darauf hinweisen, dass es auch der Ministerpräsident für die Regierung und die Landesvorsitzenden für ihre Parteien gesagt haben -: Für uns liegen zwei dieser fünf Punkte so eng beisammen, dass sie zu den zwei Seiten einer Medaille geworden sind. Auf der einen Seite der Medaille ist der Ausbau, während sich auf der anderen Seite das Nachtflugverbot befindet. Andersherum formuliert: An dem Tag, an dem die erste Maschine auf der neuen Landebahn landet, gilt ab 23 Uhr ein Nachtflugverbot. Es wird so umgesetzt, wie wir das hier erörtert haben. Da gibt es kein Wenn und Aber. (...)

Ich bin fest davon überzeugt, das Parlament und die Parteien sind hervorragend beraten, wenn sie genau das umsetzen, was der Konsens der Region ist - aus der Region für die Region. Das sind die fünf Punkte der Mediation, und zwar Punkt für Punkt, 1: 1. Den Ausbau darf es nur geben, wenn es ein Nachtflugverbot gibt, aber ein Nachtflugverbot gibt es nur dann, wenn es einen Ausbau gibt. (...) Wir Liberale sind der festen Überzeugung, dass wir dieses 1: 1 - für die Region aus der Region - erfolgreich mit unserem Koalitionspartner umsetzen.“

Quelle: Plenarprotokoll des Hessischen Landtags

CDU

Clemens Reif

28. August 2002

„Ich kann nur sagen: Wir als CDU-Landtagsfraktion und die FDP in gleichem Maße sind in einer Fülle von Gesprächen mit den Verantwortlichen, die heute zum Teil eine andere Einstellung zu dem haben, was wir alle gemeinsam wollen, nämlich die Durchsetzung des Nachtflugverbots. Eine ganze Reihe dieser Unternehmen hat bis heute nicht verstanden, dass es die Politik mit dem Nachtflugverbot wirklich ernst meint. Einige dieser Unternehmen sind noch heute der Auffassung: Na ja, was die Politik so sagt; das ist fließend, und was die morgen vielleicht umsetzen, können wir noch beeinflussen. - Ich sage, dass sich diese Unternehmen wahrscheinlich sehr stark bei dem täuschen werden, was wir allesamt hier wollen, nämlich die Durchsetzung einer nachtflyfreien Zeit, zumindest von 23 Uhr abends bis 5 Uhr morgens (...)

Die Einführung eines Nachtflugverbotes im Rahmen des Genehmigungsverfahrens wird erleichtert, wenn die Fraport im Zusammenhang mit dem Planfeststellungsverfahren selbst den Antrag für den Standort Frankfurt stellt, das Nachtflugverbot einzufügen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie der Aufsichtsratsvorsitzende der Fraport AG, der Hessische Ministerpräsident, jüngst öffentlich erklärte, wird das Unternehmen genau das tun. Damit ist zweifelsfrei geklärt, dass es uns in der Politik und auch dem betroffenen Unternehmen darum geht, von vornherein in der Beantragung des Planfeststellungsverfahrens schon Klarheit zu schaffen und bei der Beantragung dieses Verfahrens das Nachtflugverbot als integralen Bestandteil des Genehmigungsverfahrens zu betrachten. (...)

Seit der Bekanntgabe des Mediationsergebnisses vom Januar/Februar des Jahres 2000 finden Sie keinen Beitrag von uns, von den Koalitionsfraktionen, von Herrn Denzin, von Herrn Hahn, von Herrn Kartmann oder von mir, in dem wir nicht auf den unauflöselichen Zusammenhang zwischen Ausbau und Nachtflugverbot hingewiesen haben. Wir haben den Bürgern im Rhein-Main-Gebiet von Anfang an reinen Wein eingeschenkt und ihnen gesagt, dass der Ausbau des Frankfurter Flughafens in unwiderruflichem Zusammenhang mit dem Nachtflugverbot steht.“

Quelle: Plenarprotokoll des Hessischen Landtags

FDP

Dieter Posch

13. Dezember 2002

„Ich muss zwischen einer politischen Bewertung auf der einen und der Genehmigung auf der anderen Seite differenzieren. Gleichwohl gilt für mich, dass wir dieses Mediationsergebnis umsetzen wollen und dies im Rahmen der genehmigungsrechtlichen Verfahren tun. (...)

Wir haben vor kurzem die Vereinbarung zwischen den Ländern Rheinland-Pfalz und Hessen der Öffentlichkeit gegenüber bekannt gemacht, indem wir deutlich gesagt haben: Wir wollen nicht nur in der Infrastruktur zu Hahn behilflich sein, sondern wir wollen sogar die Infrastruktur auf dem Hahn gemeinsam ausbauen, weil wir die Bedeutung des Flughafen Hahns natürlich kennen. Deswegen wollen wir gemeinsam auf dem Flughafen Hahn im Hunsrück etwas tun, um insbesondere vor dem Hintergrund der Nachtflugbeschränkungen auf dem Flughafen Hahn eine Alternative zu besitzen. Auch in dieser Frage wird deutlich, dass die Landesregierung alles getan hat, um den Ausbau zu ermöglichen, gerade durch diese Alternative auf dem Flughafen Hahn.“

Quelle: Plenarprotokoll des Hessischen Landtags

CDU

Clemens Reif

13. Dezember 2002

„Wir, die CDU und die Koalition, die diese Regierung trägt, sind eindeutig und unmissverständlich für den Ausbau des Flughafens im Rhein-Main-Gebiet. Unsere Entscheidung ist konditioniert auf das, was die Mediatoren in den vergangenen drei Jahren dem Landesparlament an Ergebnissen vorgelegt haben. Davon sind wir nicht einen

Millimeter abgerückt. Das wird auch so bleiben, (...)

Wir wissen heute, dass ein Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen, an einem der größten internationalen Verkehrsflughäfen in Europa, dem größten Umsteigeflughafen der Welt, realisierbar ist. Wir wissen auch, dass ein solches Nachtflugverbot nur kommen kann, wenn den Interessen der Airlines Rechnung getragen wird. Das bedeutet, dass weitere Kapazitäten am Frankfurter Flughafen geschaffen werden, z. B. durch den Bau einer neuen Landebahn und die Verlagerung von Kapazitäten an einen benachbarten Flughafen, der eine uneingeschränkte Nachtfluggenehmigung besitzt, nämlich der Flughafen Hahn. (...) Für uns steht klar und eindeutig fest: Ohne Ausbau gibt es kein Nachtflugverbot, und ohne Nachtflugverbot gibt es keinen Ausbau.“

Quelle: Plenarprotokoll des Hessischen Landtags

CDU

Regierungsprogramm 8. März 2003

„In der letzten Legislaturperiode haben wir damit begonnen, das Mediationsergebnis zum Frankfurter Flughafen sukzessive umzusetzen. Das Mediationsergebnis mit den fünf untrennbaren Punkten Optimierung des vorhandenen Systems, Kapazitätserweiterung durch Ausbau, Nachtflugverbot, Anti-Lärm-Pakt und Regionales Dialog-Forum bleibt das Leitbild unserer Flughafenpolitik für die nächsten Jahre.

Wir sehen den Ausbau des Frankfurter Flughafens für die weitere prosperierende Entwicklung der Region in Hessen und Deutschland als zwingend notwendig an. Aufgrund der Lage des Flughafens mitten im Rhein-Main-Gebiet und der damit verbundenen Belastung für die Bevölkerung sehen wir die Erweiterung des Flughafens nur in Verbindung mit einem dann geltenden Nachtflugverbot in Rhein-Main in der Zeit zwischen 23.00 und 5.00 Uhr. Es bleibt dabei: Keine neue Landebahn ohne Nachtflugverbot, kein Nachtflugverbot ohne neue Landebahn.

Zur mittel- und langfristigen Kapazitätssteigerung wie zur Umsetzung des Nachtflugverbotes gehört die Verlagerung eines Großteils des drehscheibenunabhängigen Charter- und Nur-Cargo-Flugverkehrs nach Frankfurt-Hahn. Die Landesregierung wird sich daher länderübergreifend mit 20 Mio. € am Ausbau der Infrastruktur des Flughafens Frankfurt-Hahn beteiligen.

„Verantwortung für heute – Visionen für morgen“ CDU-Regierungsprogramm 2003-2008

CDU

Roland Koch

23. April 2003

„Die Positionen der Landesregierung zum Frankfurter Flughafen und seinem Ausbau sind bekannt. Ich werde sie nicht im Detail wiederholen. Allen Bürgern sei allerdings klar gesagt: Alle zugesagten Elemente des Mediationsergebnisses bleiben die verbindliche Richtschnur der Landespolitik. Das bedeutet: Wir wollen einen Ausbau des Frankfurter Flughafens. Wir wollen ein Nachtflugverbot. Wir wollen eine wirtschaftliche Betätigung des Flughafens mit

Rücksicht auf die Menschen in der Region. Aber Rücksicht bedeutet Schutz vor unmäßiger Belastung durch Lärm und zugleich das Recht, in diesem Land Arbeit zu finden, die es ohne diesen Flughafen nicht gibt. (...)

Diese Regierungserklärung ist nicht zuletzt auch eine Einladung - eine Einladung, uns zu messen, ob wir die großen und die kleinen Aufgaben, wie ich sie beschrieben habe, bewältigen können. Aber auch eine Einladung, uns daran zu messen, ob wir angesichts der großen Herausforderungen, die vor uns stehen, unseren Visionen näher kommen, ob wir auf der Stelle treten oder ob wir uns gar von unseren Hoffnungen entfernen.“

Quelle: Plenarprotokoll des Hessischen Landtags (Regierungserklärung)

FDP

Jörg-Uwe Hahn

23. April 2003

„Für uns gibt es eine "Bibel". Michael Denzin und ich als Fraktionsmitglieder und Dieter Posch als Wirtschaftsminister der letzten vier Jahre haben häufig, auch von diesem Pult aus, gesagt: Diese "Bibel" sind die fünf Punkte des Mediationsergebnisses - und zwar, Herr Kollege Al-Wazir, Herr Kollege Kaufmann, alle fünf Punkte. Wir betreiben keine Rosinenpickerei wie die GRÜNEN, OB Grandke und andere kommunale Würdenträger rund um den Flughafen. Wir wollen die Umsetzung aller fünf Punkte. Die zwei wichtigsten sind der Ausbau des Flughafens und das Nachtflugverbot. Ich möchte ganz bescheiden anmerken, dass ich das Bild geprägt habe, dass es nur die Münze gibt, die auf der einen Seite den Ausbau des Flughafens und auf der anderen Seite das Nachtflugverbot zeigt. Münzen kann man bekanntlich nicht teilen. Deshalb muss jeder, der meint, dort einen Keil hineinschieben zu können, wissen, dass die FDP, auch in ihrer Funktion als konstruktive Fraktion im Parlament, immer für die Lösung der Kapazitätsprobleme des Rhein-Main Flughafens stehen wird - unter der Bedingung, dass wir es erreichen, das Nachtflugverbot in der Zeit von 23 bis 5 Uhr so festzuschreiben, dass dagegen keiner mehr klagen kann.“

Quelle: Plenarprotokoll des Hessischen Landtags (Debatte zur Regierungserklärung)

CDU

Roland Koch

17. März 2005

KOCH: Mit solchen Äußerungen müssen die, die eine solche Planung durchsetzen wollen, leben. Die Erweiterung des Flughafens ist eine Riesenchance, in relativ kurzer Zeit 40 000 zusätzliche Arbeitsplätze zu bekommen. Davon träumt ganz Deutschland. Aber es ist auf der anderen Seite für die Region auch eine Belastung, was eine Abwägung gebietet. Dabei muss man sich damit auseinandersetzen, dass auf der einen Seite die Lufthansa gerne rund um die Uhr fliegen würde, andererseits aber auch Bürger, die in der Einflugschneise leben, heilfroh wären, wenn es den Flughafen gar nicht mehr geben würde. Aufgabe der Politik ist es, dabei eine Entscheidung zu treffen, die möglichst vielen Menschen und Interessen gerecht wird. Und das heißt: Keine neue Landebahn ohne Nachtflugverbot und kein Nachtflugverbot ohne neue Landebahn.

FNP: Aber das von den Airlines aufgebaute Szenario, dass ein Nachtflugverbot am Ende

einer rechtlichen Überprüfung nicht standhalten könnte, verunsichert die Menschen zusätzlich.

KOCH: Ich kann nicht jede Angst der Bürger zerstreuen. Ich kann aber zusichern, dass wir bei diesem Vorhaben sehr sorgfältig vorgehen werden und unsere Zusagen, die wir gemacht haben, auch einhalten wollen. Das Nachtflugverbot gehört in die von Fraport beantragte Betriebsgenehmigung hinein, deshalb hat Fraport es ja auch zu seiner eigenen Sache gemacht. Ich bin hoffnungsvoll, dass das Paket, das in der Mediation verabredet worden ist, am Ende auch rechtlich Bestand haben wird.“

Quelle: Interview mit der Frankfurter Neuen Presse

CDU

Michael Boddenberg 24. Februar 2005

„Ihr Lieblingsthema ist das Nachtflugverbot. Herr Kaufmann, das, was Sie aus den Antragsunterlagen vorgelesen haben, ist völlig richtig. Sie haben aber nicht vorgelesen, dass der Antragsteller - das hat eine völlig neue Rechtsqualität - selbst beantragt hat - ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten -: Vorbehaltlich der weiteren Regelungen dieses Bescheides dürfen nach der Inbetriebnahme der Landebahn Nordwest Luftfahrzeuge ab dem ersten Tag der Flugplanperiode, für die unter Nutzung der Kapazität der Landebahn Nordwest eine Erhöhung des Koordinierungswertes festgelegt wurde, auf dem gesamten Start- und Landebahnssystem des Flughafens Frankfurt am Main an allen Wochentagen in der Zeit von 23 Uhr bis 5 Uhr Ortszeit weder starten noch landen.

Das ist die Antragsgrundlage. Am Ende wird es genau so kommen. Dazu gibt es genügend Aussagen der Landesregierung, der CDU-Fraktion und auch der FDP-Fraktion. Herr Hahn, heute will ich Sie an dieser Stelle mit ins Boot nehmen. Verlassen Sie sich darauf, dass es einen Ausbau ohne ein sechsständiges Nachtflugverbot nicht geben wird.“

Quelle: Plenarprotokoll des Hessischen Landtags

CDU

Alois Rhiel 24. Februar 2005

„Meine sehr verehrten Damen und Herren, alles, was ich zu den Regeln und zu dem Ablauf eines Verwaltungsverfahrens gesagt habe, gilt auch für das Nachtflugverbot. Auch hier liegt ein Antrag vor, der im Planfeststellungsbeschluss rechtlich ordentlich abgearbeitet werden muss, wenn dieses - darum geht es, Herr Riege hat darauf aufmerksam gemacht - letztlich vor Gericht Bestand haben soll. Ich möchte unzweideutig erklären, dass sich die Landesregierung zum wiederholten Male ausdrücklich für alle fünf Komponenten des Mediationspakets ausgesprochen hat. Eine isolierte Entscheidung über ein Nachtflugverbot ist aber weder politisch gefordert noch rechtlich sinnvoll.“

Quelle: Plenarprotokoll des Hessischen Landtags

FDP

Parteitagsbeschluss 23./24. April 2005

„Die FDP Hessen wiederholt und bekräftigt angesichts des laufenden Planfeststellungsverfahrens ihre Beschlüsse zur Notwendigkeit des Ausbaus des Frankfurter Flughafens, die sie als erste Partei gefasst und bereits mehrfach wiederholt hat. (...)

Das Genehmigungsverfahren muss zügig erfolgen, es bedarf aber auch des Vertrauens in die Vorurteilsfreiheit der Genehmigungsverfahren und in die hundertprozentige Professionalität der Beteiligten.

Dazu gehört:

- Zurückhaltung bei jeglichen Vorfestlegungen seitens der Genehmigungsbehörde
- Korrektes und schnelles Verfahren beim Bau der A 380 Halle
- Stärkung der Zielsetzung des Landesentwicklungsplans durch parlamentarische Zustimmung
- Nachdrückliches Drängen der Landesregierung und der Bundesregierung auf die Realisierung eines Flughafensystems Frankfurt-Frankfurt Hahn.
- Die Einhaltung der Vorgaben der Mediation, insbesondere das Nachtflugverbot und der Anti-Lärm-Pakt
- Bestmöglicher Schutz der Umwelt sowie der Lebensqualität und Gesundheit der Menschen“

Quelle: Beschluss des FDP-Landesparteitags

CDU

Franz Josef Jung 2. Mai 2005

„Der Frankfurter Flughafen ist nach Ansicht der CDU „das wichtigste Projekt für den Arbeitsmarkt und die Infrastruktur in Hessen und in Deutschland.“ Die CDU-Mehrheit im Landtag stehe zu ihrer Zusage: „Kein Ausbau ohne Nachtflugverbot“. Gleichzeitig gelte aber auch, dass es ohne Ausbau auch kein Nachtflugverbot geben werde.“

Quelle: Presseerklärung

CDU

Roland Koch 28. August 2006

Wiesbadener Kurier: Das Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen wird von Lufthansa Cargo, die für die Fracht zuständig ist, in Frage gestellt. Das Unternehmen droht mit Abzug, 7000 Arbeitsplätze wären gefährdet.

Koch: Ich glaube, dass heute manches geht, was früher angeblich nicht gegangen ist. Der überwiegende Teil der Probleme, die mit dem Ausbau verbunden sind, ist mittlerweile gelöst. An der Grundaussage, dass es einen Ausbau nur mit Nachtflugverbot gibt, ändert sich nichts. Die Region braucht eine Gegenleistung für die Belastung der Bürger und das ist die

Nachtruhe. Ich gehe davon aus, dass das auch in der gerichtlichen Auseinandersetzung Bestand haben wird.

Quelle: Interview mit dem Wiesbadener Kurier

CDU

Michael Boddenberg September 2006

„Die Zeiten sind in Deutschland vorbei, solche einmalige Chancen wie den Ausbau des Frankfurter Flughafens und die Schaffung Zehntausender zusätzlicher Arbeitsplätze ungenutzt verstreichen zu lassen“, sagte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Michael Boddenberg. Die CDU steht für die Verlässlichkeit der Politik: Kein Ausbau ohne Nachtflugverbot und kein Nachtflugverbot ohne Ausbau – wie es der Betreiber Fraport beantragt hat.

Quelle: Hessen Kurier September 2006

CDU

Roland Koch 14. Oktober 2006

FNP: Zu einem ganz anderen Thema. Es gibt Zweifel daran, ob die von Ihnen geplante Flughafenallianz zwischen Frankfurt und Hahn auf europäischer Ebene genehmigt werden wird. An diese Allianz haben Sie die Erwartungen an die Durchsetzung eines Nachtflugverbotes in Frankfurt geknüpft. Gibt es also trotz einer neuen Bahn am Ende dann doch keine nächtliche Ruhe am Himmel?

KOCH: Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir das noch durchbekommen, auch wenn die Europäische Kommission solche Flughafensysteme in Zukunft nach anderen, schwierigeren Regeln zulassen will. Die Landesregierungen von Hessen und Rheinland-Pfalz und auch die Bundesregierung sind der Ansicht, dass wir einen Anspruch darauf haben, nach dem noch geltenden Gesetz behandelt zu werden.

FNP: Was passiert, wenn dieses nicht so eintritt? Ist das dann das Ende des Nachtflugverbots?

KOCH: Nein. Das Nachtflugverbot ist allen Beteiligten und insbesondere den Fluggesellschaften leichter zu vermitteln im Zusammenhang mit dem Flughafensystem. Rechtlich ist es auch ohne die formale Zusammenlegung der Flughäfen in Frankfurt und Hahn machbar. Das ist aber eine theoretische Debatte. Wir haben allen Anlass, davon auszugehen, dass das Flughafensystem kommt.

Quelle: Interview mit der Frankfurter Neuen Presse

CDU

Roland Koch

22. Dezember 2006

„Koch bekräftigte zudem sein Versprechen, dass es die zusätzliche Landebahn für den Frankfurter Flughafen nur zusammen mit einem Nachtflugverbot von 23.00 bis 5.00 Uhr geben werde: "Ich habe keinen Anlass, an dem, was ich seit vielen Jahren sage, etwas zu ändern."

Klagedrohungen von Fluglinien gegen ein solches Verbot seien kein Anlass zur Sorge, zumal das Bundesverwaltungsgericht solche Auflagen als normale planungsrechtliche Instrumente inzwischen akzeptiere. Der bisherige Verlauf des Flughafenprojekts stimme den Ministerpräsidenten optimistisch für die weiteren Schritte: "Wir können die Sache nur Stück für Stück entwickeln, aber bisher entwickelt sie sich ziemlich präzise in die Richtung, die ich vorausgesagt habe."

Quelle: dpa-Gespräch

FDP

Dieter Posch

2. April 2007

„Im Ergebnis lässt sich deshalb für die FDP festhalten, dass die Liberalen der Rechtsverordnung der Änderung des Landesentwicklungsplanes zustimmen werden.“ Posch verwies darauf, dass dieses bislang in Hessen einmalige Verfahren, die demokratische Legitimation eines Landesentwicklungsplanes dadurch zu erhöhen, dass der Hessische Landtag hierzu eine Abstimmung durchführt, auf Anregung der FDP zu Stande gekommen ist. Zu den diskutierten Punkten im einzelnen: Nachtflugverbot

Die FDP steht auch in dieser Frage ganz klar auf die Umsetzung des Mediationspaktes. Wir sind für ein Nachtflugverbot. Aber es bleibt in sachlicher Weise festzuhalten, dass dieses Verfahren Gegenstand des nun folgenden Planfeststellungsbeschlusses sein muss“, sagte Posch.

„Das Nachtflugverbot gehört nicht in den LEP, weil der LEP Entwicklungs- und Nutzungsmöglichkeiten einer Fläche beschreibt – wie bei einer Stadt auch. Das Nachtflugverbot bezieht sich aber auf den Betriebsablauf. Die entscheidende Frage ist dabei nicht das Thema Nachtflugverbot an sich, sondern an welcher Stelle es zu verankern ist. Der LEP nimmt einer Abwägung der Standorte und letztlich eine Standortfestlegung des Ortes an dem die Landebahn gebaut werden soll, vor. Diese Festlegung ist durch den Abwägungsprozess im LEP schlüssig dargestellt worden und deshalb zustimmungsfähig.

Ein rechtsicheres Nachtflugverbot wäre im LEP fehl am Platz. Nach eingehender rechtlicher Würdigung der vorgetragenen Expertenmeinungen lehnen wir die Festschreibung des Nachtflugverbotes in dem Landesentwicklungsplan ab,“ so der ehemalige Wirtschafts- und Verkehrsminister.

Quelle: Presseerklärung

CDU/FDP

Boddenberg/Posch

10. Mai 2007

„Zur heutigen Abstimmung über die Änderungen im Landesentwicklungsplan erklärten der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Michael Boddenberg, und der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Dieter Posch: "Es war ein richtiger und wichtiger Schritt, den Hessischen Landtag in die Grundsatzentscheidung zum Landesentwicklungsplan einzubeziehen. Der Ausbau des Frankfurter Flughafens und die nun im Planfeststellungsbeschluss vorzunehmenden Detaillierungen des Flugbetriebes erhalten somit eine wesentlich höhere demokratische Legitimation."

"Eine positive Beschlussfassung über den LEP geschieht in der Absicht, den Vorschlag der Mediatoren zu verwirklichen, die eine bessere Auslastung der vorhandenen Start- und Landebahnen und den Ausbau des Frankfurter Flughafens für notwendig erklärten", so die beiden Politiker.

Analog zu diesen Vorschlägen erwarte man auch die Verwirklichung des Nachtflugverbotes und des Anti-Lärm-Paktes gemäß dem Mediationsergebnis. Daher haben beide Fraktionen einen dahingehenden Antrag vor der Beschlussfassung über die Änderungen des Landesentwicklungsplanes im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr sowie der darauf folgenden Abstimmung im Hessischen Landtag eingebracht.“

Quelle: Gemeinsame Presseerklärung von CDU und FDP

CDU

Michael Boddenberg

31. Mai 2007

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Michael Boddenberg, sagte heute in der Debatte zur Änderung des Landesentwicklungsplans (LEP), dass jetzt "die letzte parlamentarische Hürde zum Ausbau des Frankfurter Flughafens genommen und die Bahn für zehntausende neue Arbeitsplätze für die Region frei" sei: "Es war ein richtiger und wichtiger Schritt, den Hessischen Landtag in die Grundsatzentscheidung zum Landesentwicklungsplan einzubeziehen. Der Flughafenausbau ist eine der wichtigsten Entscheidungen dieser Legislaturperiode. Diese wichtige planerische Grundsatzentscheidung hat heute eine breite demokratische Unterstützung erhalten", hob Boddenberg hervor. Gleichzeitig verwies der CDU-Politiker darauf, dass diese Entscheidung eine hohe Bedeutung und Signalwirkung für die Frage habe, wie wir zukünftig in Deutschland mit Planungszeiten solcher Großprojekte umgehen, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. "Eine positive Beschlussfassung über den LEP geschieht in der Absicht, den Vorschlag der Mediatoren zu verwirklichen, die eine bessere Auslastung der vorhandenen Start- und Landebahnen und den Ausbau des Frankfurter Flughafens für notwendig erklärten", so der CDU-Wirtschaftspolitiker. Analog zu diesen Vorschlägen erwarte man auch die Verwirklichung des Nachtflugverbotes und des Anti-Lärm-Paktes gemäß des Mediations- ergebnisses. Auch beim Ausbau des Flughafens könnten sich die Bürgerinnen und Bürger auf einen klaren Kurs der CDU-Landesregierung und der CDU-Fraktion verlassen.

Quelle: Presseerklärung

FDP

Dieter Posch

31. Mai 2007

Der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, Dieter Posch, erklärte heute anlässlich der Zustimmung des Landtages zum LEP: „Nach der Anhörung vor einigen Wochen, beziehen wir Liberale uns auf das Rechtsgutachten von Professor Stuer, das deutlich gemacht hat, dass das Nachtflugverbot im Landesentwicklungsplan nicht nur rechtlich unsicher wäre, sondern schlicht und ergreifend nicht dort hin gehört.“ (...) Posch bekräftigte abschließend: „Wir Liberale stehen in dieser Frage ganz klar für die Umsetzung des Mediationspaktes. Wir sind für ein Nachtflugverbot. Aber es bleibt in sachlicher Weise festzustellen, dass dieses Verfahren Gegenstand dieses nun folgenden Planfeststellungsbeschlusses sein muss.“

Quelle: Presseerklärung

CDU

Roland Koch

13. August 2007

FNP: Das größte Aufreger-Thema der Region ist und bleibt der Flughafenausbau, in dessen Vorbereitung nun die Beteiligten darüber verhandeln, wie sie beim Nachtflugverbot weiter verfahren wollen. Alles spricht dafür, dass es keinen absoluten Stopp von Starts und Landungen zwischen 23 und 5 Uhr geben wird. Mit dieser Zusage stehen Sie selbst jedoch bei den Leuten im Wort.

Koch: Ich betone ausdrücklich immer, dass die letzte Abwägung darüber der Verkehrsminister zu tätigen hat, hier gibt es keine Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten. Als Gegenleistung der Luftverkehrswirtschaft für den Bau einer zusätzlichen Landebahn war immer das Nachtflugverbot vorgesehen, deswegen hat es die Fraport AG unter meiner Mitwirkung ja auch beantragt. Aus meiner Sicht kann sich daran auch nichts ändern. Nach den neuesten Lärmberechnungen, die ausdrücklich nicht von der Landesregierung stammen, kann jedoch sogar eine zunehmende Zahl von Starts und Landungen in der Nacht-Kernzeit stattfinden, ohne dass es für die Menschen in der Nachbarschaft des Flughafens lauter wird.

Quelle: Interview mit der Frankfurter Neuen Presse

CDU

Dirk Metz

20. September 2007

„Koch halte die Beschlüsse des Regionalen Dialogforums für wegweisend und fühle sich an diese ebenso gebunden wie an die darin enthaltenen Aussagen zum Nachtflugverbot. „Das Nachtflugverbot steht aus Roland Kochs Sicht nicht zur Disposition“, so der Regierungssprecher.

Roland Koch sei entschlossen, das Nachtflugverbot zu retten. Vorstellbar seien nur einige wenige Ausnahmen im Frachtbereich. „Und diese müssten einzeln genehmigt werden, wobei

zuvor der volkswirtschaftliche Nutzen und auch der Arbeitsplatzeffekt nachgewiesen werden muss“, betonte Metz.“

Quelle: *Presseerklärung der Landesregierung*

CDU

Michael Boddenberg

28. September 2007

Als "jenseits von Gut und Böse" hat der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Michael Boddenberg, heute die Forderungen von Lufthansa-Vorstand Stefan Lauer zurückgewiesen. "Die Forderungen nach 41 Nachtflügen der Lufthansa sind jenseits von Gut und Böse und haben mit einem Nachtflugverbot nichts zu tun. In der Substanz muss das Nachtflugverbot erhalten bleiben", erklärte Boddenberg. Der CDU-Politiker reagierte damit auf die Aussagen Lauers in der FAZ, laut derer er 41 Nachtflüge alleine für Lufthansa beansprucht.

"Es bleibt bei der klaren Beschlusslage des hessischen Landtags, nach dem das Mediationsergebnis in Gänze umzusetzen ist. Der Ausbau ist somit nur in Verbindung mit der Einführung eines Nachtflugverbotes zu realisieren." Um dieses rechtssicher zu machen, müsse eine Abwägung erfolgen, insbesondere zwischen dem Ruhebedürfnis der Anwohner, gleichzeitig aber auch der volkswirtschaftlichen Bedeutung dieses Interkontinentalflughafens Frankfurt am Main. Auf diese Bedeutung hatte zuletzt auch der Bundesverkehrsminister hingewiesen, erläuterte der CDU-Politiker.

"Da dem Schutz der Anwohner höchste Priorität einzuräumen ist, sind nach meiner Einschätzung lediglich einige dringend erforderliche Frachtflüge denkbar.“

Quelle: *Presseerklärung*

FDP

Jörg-Uwe Hahn

28. September 2007

„Die heutigen Forderungen von Lufthansavorstand Stefan Lauer zu 41 Nachtflügen bis zum Jahre 2020 kommentierte der FDP-Landes- und Fraktionsvorsitzende, Jörg-Uwe Hahn: „Es bleibt für uns Liberale dabei, am Nachtflugverbot wird nicht gerüttelt. Es ist Sache des Wirtschaftsministeriums, zu entscheiden, welche der beantragten Flüge unabweisbar sind. Uns Liberalen stehen keine tiefergehenden und weitergehenden Informationen zur Verfügung, so dass wir uns veranlasst sehen, die immer neu in die Diskussion geratenen Zahlen von Nachtflügen zu bewerten und zu beurteilen. Dies ist alleinige Sache der Planfeststellungsbehörde.“

Hahn erklärte weiter: „Ich gehe sogar davon aus, dass auch in der nächsten Zeit bis zur Unterschrift unter den Planfeststellungsbeschluss noch einige Luftballons mit diversen Zahlen hochsteigen werden. Es bleibt dabei: Das Nachtflugverbot muss in seiner Substanz erhalten bleiben. Die Reduzierung des Lärmes für die Anwohner in der Rhein-Main-Region muss im Fokus des Interesses aller Beteiligten stehen.“

Quelle: *Presseerklärung*

FDP

Dieter Posch

4. Oktober 2007

„Die Medaille für die FDP sieht so aus: Ausbau mit Schaffung von 100.000 Arbeitsplätzen und Nachtflugverbot, die Medaille für die Grünen sieht Stillstand und Fortsetzung der Krawallnacht vor.“

Für die Position der Liberalen erklärte Posch weiter: „Für uns gilt nach wie vor und uneingeschränkt: Kein Ausbau ohne Nachtflugverbot, so wie es die Mediation ergeben hat. Künftig mögen uns die Predigten der Grünen erspart bleiben, die sich im Hinblick auch auf ihre wirtschaftspolitische Kompetenz mit dem Nein zum Flughafen ausbau vollkommen disqualifiziert haben.“

Quelle: Presseerklärung

CDU

Roland Koch

22. Oktober 2007

„Im Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur (dpa) hat Hessens Ministerpräsident Roland Koch im Hinblick auf den Ausbau des Frankfurter Flughafens davor gewarnt, internationale Entwicklungen im Luftverkehr zu „verschlafen“.

Koch: „Wenn wir nicht schnell genug sind, findet die ganze Veranstaltung in Dubai statt.“

Sowohl in den arabischen Emiraten als auch in ganz Asien gebe es gigantische Flughafenprojekte, die mit subventionierten Fluggesellschaften durchgezogen würden.

Dennoch dürfe es bei dem von der Frankfurter Flughafengesellschaft Fraport beantragten Nachtflugverbot nur „krasse Ausnahmen“ geben, betonte Koch und erinnerte vergleichsweise an die Sonntagsfahrverbote auf den Autobahnen in den siebziger Jahren: „Der Gemüselaster ist natürlich gefahren, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Mehr, würde ich mir wünschen, darf es nicht geben.“

Für den Wirtschaftsstandort Deutschland und Rhein-Main könne es ein entscheidender volkswirtschaftlicher Nachteil sein, wenn aus Deutschland keine Fracht mehr zwischen sechs und acht Uhr morgens in Chicago ankomme, was andererseits - angesichts der Zeitverschiebungen in der Welt - nicht zu ändern sei.

Der Ministerpräsident unterstrich die Notwendigkeit bestimmter Einschränkungen beim Nachtflugverbot, zumal man Asien und Amerika auch über den arabischen Golf verbinden könne, ohne Europa einbinden zu müssen.“

Quelle: dpa-Gespräch

CDU*Roland Koch**23. Oktober 2007*

„Es hängen unglaublich viele Arbeitsplätze an der neuen Landebahn. Gleichzeitig haben wir uns verpflichtet, die Ausweitung nur zu realisieren, wenn auch auf die Bevölkerung Rücksicht genommen wird. Das Mediationsergebnis, wie es jetzt auch im Regionalen Dialogforum diskutiert worden ist, hat deshalb für uns Bestand. Dazu gehört auch das Nachtflugverbot. Es ist übrigens schon viel geschehen in den letzten Jahren. Der Nachtpoststern ist weg, die amerikanischen Galaxy's sind raus, Baumaßnahmen für Hunderte von Millionen Euro haben die Belastungen reduziert. Es gibt heute einen großen Konsens, dass eigentlich nur noch über die Frage diskutiert wird, inwieweit es einige wenige Ausnahmen für den Frachtflug geben muss, um das Nachtflugverbot gerichtsfest zu halten.

Hanauer Anzeiger: Was heißt "gerichtsfest"?

Koch: Wir kennen das ja auch von anderen Verboten. Wenn auf der Straße steht 'Durchfahrt verboten', gibt's manchmal einen, der dahinter liegt. Und wenn man den Einzelnen nicht durchlässt, muss man per Gerichtsbeschluss möglicherweise das Schild wieder ganz abschrauben. Dann kann es besser sein, einen durchzulassen, als das ganze Verbot zu verlieren. Auch bei anderen Verboten gibt es immer Ausnahmeregeln – zuletzt beim Rauchverbot für Bewohner in Altenheimen. Politisch bequemer wäre es natürlich, die Maximalforderung 'null Flieger nachts' zu propagieren. Aber wenn dann zwei Jahre später das Bundesverwaltungsgericht das ganze Verbot kippt, ist nichts gewonnen. Ich glaube, der allein zuständige Wirtschaftsminister geht hier einen sehr soliden Weg. Das Nachtflugverbot selbst muss in seiner Substanz erhalten bleiben, auch wenn es Ausnahmen gibt. Das heißt aber, solch hohe Ausnahmezahlen, wie sie sich etwa die Lufthansa erhofft, wird es nach meiner Einschätzung eher nicht geben.

Als ich als Aufsichtsratsvorsitzender der Fraport mit dafür gesorgt habe, dass das Unternehmen selbst ein Nachtflugverbot beantragt, hieß es ja noch, dass so ein Nachtflugverbot gar nicht möglich ist. Man glaubte, das nur in Kombination mit dem Flughafen Hahn überhaupt durchsetzen zu können. Inzwischen hat das Bundesverwaltungsgericht für die Flughäfen Leipzig und Berlin entschieden, dass so etwas prinzipiell doch möglich ist. So sind wir heute zwar weiter dabei, ein Flughafensystem mit Hahn hinzubekommen, aber wir können viel entspannter darüber reden. Wir haben viele Mosaiksteine hintereinander abgeräumt, alles im Rahmen dessen, was wir zugesagt haben. Und das muss am Ende beim Nachtflugverbot auch geschehen. Aber wie gesagt, es kann sein, dass es eine schmale Größe von Ausnahmen geben muss, die, wenn man sie nicht zulässt, das ganze Projekt gefährden. Und das ist im Interesse der Region und von zehntausenden neuen Arbeitsplätzen durch die neue Landebahn sicher nicht zu verantworten.“

Quelle: Interview mit dem Hanauer Anzeiger

FDP*Jörg-Uwe Hahn**27. Oktober 2007*

„Ich sage hier sehr deutlich: Die hessische FDP unternimmt alles rechtstaatlich Mögliche, damit bald der Beton für eine neue Landebahn gegossen werden kann. Die hessische FDP

sagt aber mit derselben Leidenschaft: Wer den Ausbau will, der ist auch für das Nachtflugverbot! Wer für das Nachtflugverbot ist, der muss aber auch für den Ausbau sein! Seit dem Ergebnis der Mediation wissen wir: Ausbau und Nachtflugverbot sind die beiden Seiten ein und derselben Münze, und Münzen kann man bekanntlich nicht mehr teilen!

Lassen Sie mich von dieser Stelle aus ebenso laut und deutlich sagen: Keine politische Gruppierung in Hessen versucht, die Bürger derart zu leimen, wie die Bündnis-Grünen. Es ist manchmal fast unerträglich, wenn man die Mühen dieser vermeintlichen Gutmenschen beobachtet, wie sie sich Gedanken über die Umsetzung des Nachtflugverbotes machen. Ja: In der politischen Diskussion ist derzeit die Frage, ob es ein absolutes, ob es ein relatives, ob es ein pragmatisches oder wie auch geartetes Nachtflugverbot gibt. Wir hessische Liberale wissen, dass es hier kein Zurückweichen geben darf!

Hier sind Steherqualitäten gefragt und hier werden wir mit unseren politischen und rechtlichen Kräften gegen eine Aufweichung kämpfen!“

Quelle: Rede von Jörg-Uwe Hahn auf dem FDP-Landesparteitag in Rotenburg

FDP

Jörg-Uwe Hahn

14. November 2007

„Ja, die FDP war die erste Partei, die sich im Jahre 1998 für die Lösung der Kapazitätsprobleme ausgesprochen hat. Ja, wir waren diejenigen - wie aber auch Sozialdemokraten und die Union -, die am 1. Februar 2000, als das Mediationsergebnis vorgelegt worden ist, gesagt haben: Die fünf Punkte des Mediationsergebnisses sind Grundlage für die Ausbauplanung und für den Ausbau am Flughafen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, und dabei bleibt es. Daran kann man nichts ändern. Daran wollen wir als Liberale auch nichts ändern.

Es war immerhin ich persönlich, der dieses Bild von der Münze erfunden hat. Dazu stehen wir auch weiterhin. Auf der Münze ist auf der einen Seite der Ausbau und auf der anderen Seite das Nachtflugverbot. Ich zitiere mich nicht selber, sondern ich will sagen, dass das auch ein Thema der Glaubwürdigkeit der hessischen FDP ist, weil wir von Anbeginn an gesagt haben: Es gibt die fünf Punkte der Mediation, und zwei Punkte der Mediation sind so eng verbunden wie die beiden Seiten einer Münze.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eines sollten wir - da schaue ich bewusst die Sozialdemokraten genauso wie die Christdemokraten und die Liberalen in diesem Hause an - nicht durchgehen lassen: diese Scheinheiligkeit der GRÜNEN beim Thema Nachtruhe der Menschen um den Flughafen Rhein-Main. Diese Scheinheiligkeit - um nicht ein Wort zu sagen, wofür mich der Präsident vielleicht rügen würde - sagt doch deutlich Folgendes. Wir drei unterhalten uns über das Thema Nachtflugverbot. Ja, da gibt es manche, die wollen ein absolutes. Da gibt es andere, die wollen ein pragmatisches. Da gibt es vielleicht Dritte, die wollen ein relatives. Aber alle wollen ein Nachtflugverbot, weil jeder hier im Raum - auch der Kollege Al-Wazir - weiß, man bekommt ein Nachtflugverbot nur, wenn man einen Ausbau durchführt. Ansonsten gibt es nämlich kein Nachtflugverbot.

Das, was die GRÜNEN machen, ist eine Verhohnepipelung der Menschen um den Flughafen. Sie lügen die Menschen um den Flughafen an, weil Ihr Modell, das keinen

Ausbau beinhaltet, bedeutet, dass die Zahl der nächtlichen Störungen noch höher wird, als sie in der letzten und vorletzten Nacht war. Sie sind die Krawallmacher. Sie sind diejenigen, die für die Krawallnächte zuständig sind. Da hilft keine Art von Lachen - sei es intelligentes oder weniger intelligentes, Herr Kollege Al-Wazir.“

Quelle: Plenarprotokoll des Hessischen Landtags

CDU

Roland Koch

19. November 2007

Echo: Der Ausbau geht nur mit Nachtflugverbot, aber dieses Verbot geht nur mit einer Reihe von Ausnahmen, sagen Sie. Wie definieren Sie diese Ausnahmen?

Koch: Das muss in jedem Einzelfall geprüft werden. Es kann nur um Flüge gehen, die wirklich unverzichtbar sind. Aus meiner Sicht haben zum Beispiel Flüge, mit denen der Wirtschaftsraum Rhein-Main mit den USA vernetzt wird, eine gänzlich andere Qualität hat als Charterflüge nach Mallorca. Für solche Flüge müssen wir die Anwohner des Flughafens nicht mehr wecken. Noch einmal: Wir werden aus dem Verfahren am Ende nicht ohne ein Nachtflugverbot herausgehen, das ist eine politische Entscheidung. Aber es wird kein Verbot sein, von dem es keine Ausnahme gibt. Wer das anstrebt, will mit dem Kopf durch die Wand und riskiert, dass am Ende alles kaputtgeht. Das wollen die hessischen Grünen, aber sicher nur eine kleine Minderheit der Menschen.

Echo: Aber Sie halten es für undenkbar, dass die Zahl dieser Ausnahmen die Zahl der jetzt abgefertigten Nachtflüge übersteigt.

Koch: Das ist doch klar! Das Schlimmste an euch Journalisten ist, dass ihr der Politik überhaupt nichts zutraut.

Quelle: Interview mit dem Darmstädter Echo

CDU

Roland Koch

12. Dezember 2007

Koch: Die Entscheidung über das Planfeststellungsverfahren hat der Wirtschaftsminister zu treffen, nicht ich. Aber ich persönlich glaube: Wenn man denn über Ausnahmen beim Nachtflugverbot reden kann, ist die Logik des Bundesverwaltungsgerichts anzuwenden. Die sagt: Lärmschutz ist ein außerordentlich hohes Kriterium. Es kann nur überwunden werden, wenn die Volkswirtschaft im Nerv getroffen würde, weil an einen bestimmten Flug nicht zulässt. Das trifft sicherlich auf keinen touristischen Charterflug zu, aber möglicherweise auf den einen oder anderen Frachtflug.

FR: Wäre das kein Wortbruch?

Koch: Man könnte es sich mit einem absoluten Verbot ganz leicht machen. Dann würden die Beteiligten vor Gericht gehen. Die Genehmigung zum Bau der Landebahn würde dort Bestand haben, das Nachtflugverbot würde aufgehoben, weil man die notwendige Abwägung

versäumt hätte. Dann stünden wir mit einer Ausbau-Genehmigung da, aus der man das Nachtflugverbot weggeschossen hat. Wie stünde man dann in zwei oder drei Jahren da? Wäre das wirklich der faire Weg?

Quelle: Interview mit der Frankfurter Rundschau

CDU

Roland Koch

12. Dezember 2007

„Ich habe zu jeder Zeit gesagt: Wir müssen schauen, dass wir die Dinge zusammenbringen und dass sie nicht auseinanderfallen. Ich bin davon überzeugt, dass der Wirtschaftsminister einen Weg gefunden hat, dass wir sowohl einen Ausbau des Frankfurter Flughafens mit all seinen ökonomischen Chancen als auch ein Nachtflugverbot im Planfeststellungsbeschluss schaffen. Das wäre der erste internationale Flughafen auf deutschem Boden, für den eine derartige Regelung gilt. Genau das will ich haben. (...)“

Meine Damen und Herren, aber es wird eine sehr eng begrenzte Zahl sein, bei der sehr klar ist, es wäre unverantwortlich, jetzt aus Bequemlichkeit im Wahlkampf eine rechtswidrige Lösung zu verkünden und sie später vom Gericht aufheben zu lassen, nur um jetzt keine Diskussion im parlamentarischen Raum zu haben. Das ist nicht mein Verständnis von Politik, und das mache ich nicht. (...)“

Der Preis, den wir dafür bezahlen, ist, einige wenige Ausnahmen zuzulassen, um sicherzustellen, dass alle Bürger - egal, ob im Bereich der neuen oder im Bereich der alten Technik - in einer erheblichen Form eine Entlastung bekommen können, indem wir sagen: Es gelingt, das zu schaffen, weil es am Tag eine Mehrbelastung und in der Nacht etwas anderes gibt. Das ist etwas, worauf ich stolz bin. Ich werde mir das auch im Wahlkampf nicht wegnehmen lassen. Wir werden darum heftig kämpfen.(...)“

Quelle: Plenarprotokoll des Hessischen Landtags

CDU

Alois Rhiel

18. Dezember 2007

„In der Mediationsnacht zwischen 23.00 und 05.00 Uhr wird es für den gesamten Flughafen ein rechtssicheres Nachtflugverbot geben, für das auf den bestehenden Bahnen jahresdurchschnittlich höchstens 17 planmäßige Ausnahmen zugelassen werden. (...)“

Die Bewegungszahl von 17 Flugbewegungen zwischen 23.00 Uhr und 05.00 Uhr ist unerlässlich, um die als besonders dringlich anzusehende Anbindung des Flughafens an den internationalen Luftfrachtverkehr durch die hier beheimateten Luftverkehrsgesellschaften (Homebase-Carrier) sicherzustellen. (...) Die Zulassung von 17 Flugbewegungen zwischen 23.00 Uhr und 05.00 Uhr stellt damit bereits die absolute Untergrenze des – vor dem Hintergrund der gutachterlich hergeleiteten Verkehrsbedürfnisse – rechtlich gerade noch

Tolerierbarem dar. (...)

Wir haben den Nachruhebelangen der Bevölkerung bei der rechtsstaatlich gebotenen Abwägungsentscheidung ein größtmögliches Gewicht eingeräumt, wie es auch in den Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts zu den Flughäfen Berlin und Leipzig gefordert wurde.

Zugleich haben die die rechtsstaatlich gebotene Abwägung durchgeführt und festgestellt, dass nur durch eine begrenzte Anzahl an Ausnahmen ein rechtssicherer Planfeststellungsbeschluss einschließlich der Lärmschutzregelung erlassen werden kann. Insofern gehen wir mit der Zahl 17 auf Nummer sicher.

Ich bin überzeugt, dass diese sorgfältig abgewogene Entscheidung auch für dem Verwaltungsgerichtshof in Kassel beziehungsweise vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig Bestand haben wird.“

Quelle: Sprechzettel des Wirtschaftsministers zum Planfeststellungsbeschluss

FDP

Dieter Posch

18. Dezember 2007

„Die festgeschriebenen 17 Nachtflüge – statt der bisherigen 41 – entsprechen nicht den Forderungen der FDP nach vollständiger Umsetzung des Mediationsergebnisses. Offensichtlich sieht die Planfeststellungsbehörde aus rechtlichen Gründen keine Möglichkeit, ein Nachtflugverbot vollständig umzusetzen. Diese Festlegungen sind daher für die FDP sicherlich kein Grund zum Jubeln.“

Quelle: Presseerklärung

CDU

Roland Koch

20. Dezember 2007

„Es war klar, dass es nach der Entscheidung des Wirtschaftsministers Kritik daran geben wird – sowohl von denen, die schon immer gegen den Flughafen waren, als auch von jenen, die sich bessere Nutzungsmöglichkeiten versprochen haben. Das ist das Wesen einer solchen Entscheidung einer Planfeststellungsbehörde, die nach Abwägung aller Aspekte den bestmöglichen Kompromiss finden muss und der zudem rechtssicher zu sein hat. Ich bin überzeugt, dass das gelungen ist. (...)

Wir haben, nachdem das Nachtflugverbot als Vorschlag aus dem Mediationsverfahren kam, erst einmal das Nachtflugverbot möglich machen müssen. Das hat uns 2000 niemand zugetraut. Nämlich ein börsennotiertes Unternehmen wie die Fraport dazu zu bringen, einen Antrag zu stellen, freiwillig auf die Nachtflüge zu verzichten. Was ich damals als Aufsichtsratsvorsitzender der Fraport bewirken konnte, war keine Selbstverständlichkeit. Die Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts haben uns näher an ein Nachtflugverbot gebracht, als es allen Beteiligten davor möglich erschien. Es bleibt die Frage, ob es in Deutschland möglich ist, Nachtflüge mit einem Verbot zu belegen, ohne dass es davon

Ausnahmen gibt. Die Prüfung dieser Frage, wie groß die Chancen von klagenden Fluggesellschaften sind, Ausnahmen vor Gericht zu erwirken, die das ganze Nachtflugverbot zerstören, haben sich erst in diesem Jahr ergeben. Wir hätten es uns sehr einfach machen können, hätten null Nachtflüge hineingeschrieben, um im Moment schön dazustehen, aber auf Dauer für die von Fluglärm betroffenen Bürger die Chance zu verspielen, am Ende mit einem rechtssicheren Nachtflugverbot eine bessere Nachtruhe zu haben als derzeit.“

Quelle: Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

CDU

Michael Boddenberg 21. Dezember 2007

„Die CDU hat Wort gehalten. Ausbau und Nachtflugverbot kommen!

Offener Brief des Generalsekretärs der CDU Hessen Michael Boddenberg

Natürlich sind mit diesem wichtigen Projekt in einigen Bereichen auch Belastungen für die Umwelt und die Anwohner verbunden. Erst in der vergangenen Woche hat der Hessische Landtag deshalb mit den Stimmen von CDU und FDP nochmals bekräftigt, dass alle erdenklichen Maßnahmen zur Reduzierung des Fluglärms umgesetzt werden müssen. Es ist ein großartiger Erfolg, dass der Planfeststellungsbeschluss diese Zielsetzung aufgreift und - wo immer rechtlich möglich- die Ergebnisse des Mediationsverfahrens und des Anti-Lärm-Paktes berücksichtigt. Das in dem Planfeststellungsbeschluss festgeschriebene Nachtflugverbot ist in diesem Zusammenhang von herausragender Bedeutung. Bis zuletzt hatten die Vertreter der Grünen und auch der SPD immer wieder angezweifelt, dass ein Nachtflugverbot zu realisieren sei. Um dieses Nachtflugverbot rechtssicher zu machen, musste im Planfeststellungsbeschluss eine Abwägung zwischen dem Ruhebedürfnis der Anwohner und der volkswirtschaftlichen Bedeutung dieses Interkontinentalflughafens Frankfurt am Main erfolgen. Diese einzigartige Rolle Frankfurts als Verkehrsdrehscheibe für Deutschland, auf die zuletzt nochmals der Bundesverkehrsminister hingewiesen hatte, macht die im Planfeststellungsbeschluss enthaltenen Ausnahmen auf dem bisherigen Bahnsystem erforderlich. Auf der neuen Landebahn hingegen herrscht ein komplettes Flugverbot.

Fakt ist: Ohne Ausbau wird es kein Nachtflugverbot und somit keinen verbesserten Lärmschutz für die Menschen geben, denn für diesen Fall bliebe der „volle Bestandsschutz auf der Grundlage der bisher erteilten Genehmigungen“ bestehen. Zahlreiche Rechtsexperten haben diesen Sachverhalt im Rahmen der Anhörung zum Landesentwicklungsplan bestätigt. Für die CDU gilt: Rechtssicherheit geht vor Leichtfertigkeit! (...)

Auch die Ypsilanti-SPD hat in diesen Tagen die bisherige gemeinsame Linie verlassen und sich endgültig auf die Seite der Ausbaueegner gestellt. Denn wer ein Nachtflugverbot ohne eine einzige Ausnahme verspricht, der nimmt die Rechtswidrigkeit des Gesamtvorhabens von vornherein in Kauf.“

Quelle: Offener Brief des CDU-Landesverbands

CDU

Roland Koch

28. Dezember.2007

Koch: Ein rechtssicheres Nachtflugverbot erreicht zu haben ist etwas, worauf die hessische Landesregierung sehr stolz ist. Wir haben jetzt den ersten internationalen Flughafen, der mit einem Nachtflugverbot belegt ist. Ich bin sehr sicher, dass eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung dankbar dafür ist, dass wir einen Weg gefunden haben, der möglicherweise nicht der Bequemste ist, aber der am Ende vor den Gerichten hält. Es wäre viel schlimmer für die Politik und ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie jetzt kurz vor Wahlen sagen würde, wir machen eine zwar populistische, aber rechtlich unmögliche Lösung – um dann in zwei Jahren nackt vor dem Bürger zu stehen: mit einem genehmigten Flughafen, aber ohne Schutz.

WELT ONLINE: Aber hätte man da nicht früher ehrlicher sein müssen?

Koch: Wir hätten es uns doch einfach machen und die Entscheidung hinter die Landtagswahl schieben können. Das ist nicht unser Stil. Jetzt ist sichergestellt, dass an der neuen Landebahn absolute Ruhe in der Nacht herrscht, und ansonsten nicht einmal mehr halb so viel Lärm wie vorher. Das zeigt, wie richtig es war, an dieser harten Forderung des Nachtflugverbots festzuhalten. Ich bin völlig sicher: Wenn die Politik da vorher in ihren Rahmenbedingungen gewankt hätte, hätten wir kein annähernd gutes Ergebnis erzielt.

Quelle: Interview mit Welt online

FDP

Dieter Posch

7. Januar 2008

„Sie wissen sehr genau, dass ich immer zwischen dem was politisch gewollt - die Umsetzung des Mediationsergebnisses - und dem was rechtlich Möglich ist, in vielen Debatten im Hessischen Landtag und auch außerhalb des Landtags differenziert habe. Ich habe häufig - auch dies in dem Protokoll des Hessischen Landtags nachzulesen - von einer Vermengung dieser beiden parallel verlaufenen Diskussionen gewarnt. Dies im Übrigen auch gegenüber dem Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch, dem ich mehrfach gegenüber zum Ausdruck gebracht habe, dass die politische und rechtliche Vermengung der Diskussion zu Irritationen führt und von dem Bürger nicht verlangt werden kann, dass er zwischen rechtstaatlichen Verfahren und politischem Wollen zu differenzieren hat.“

Quelle: Presseerklärung/Offener Brief an Andrea Ypsilanti

CDU

Roland Koch

4. Juni 2008

„Mit diesem Planfeststellungsbeschluss hat man versucht - in einem schwierigen Kompromiss, mit einem Ritt auf der Rasierklinge; all das bestreite ich nicht -, einen Weg zu finden, wie man vor einem Gericht begründen kann, warum man auf der einen Seite Nachtflüge zwar weitestgehend ausschließt, auf der anderen Seite aber diejenigen, die eine Genehmigung für Nachtflüge beantragen wollen, in einer Weise in ein rechtliches Korsett

zwingt, dass die Argumente, die die Landesregierung hatte, am Ende wirken können. Das ist eine Gratwanderung. Herr Kollege Walter, genau an dem Punkt ist sie aber richtig. Es wäre für mich viel einfacher gewesen, wenn ich auf null Nachtflügen bestanden hätte. Aber ich hätte das Land dem großen Risiko ausgesetzt, dass am Ende aus den null Nachtflügen ein Aufheben der Nachtflugverbotsregelung geworden wäre.“

Quelle: Plenarprotokoll des Hessischen Landtags

CDU

Roland Koch

26. August 2008

„Natürlich ist in diesen Tagen insbesondere die Frage der Abwägung bezüglich des Nachtflugverbotes und seiner wenigen Ausnahmen immer wieder Gegenstand der öffentlichen Diskussion, und natürlich konzentrieren sich auch die Debatte, die wir führen, und die Erwägungen über das gerichtliche Verfahren, das sicher noch viele andere Aspekte hat, in einer besonderen Weise darauf.

Die Genehmigungsbehörde hat hier nach langer Abwägung einen angesichts der intensiven Diskussion über die Bedeutung des Nachtflugverbotes und auch die Bedeutung dessen, was an Zusagen dafür geschehen ist, ganz bestimmt nicht einfachen Weg eingeschlagen, einen Kompromiss zu suchen, der letztlich mit den 17 genehmigten Nachtflügen, die dem Planfeststellungsbeschluss zugrunde liegen, ein sehr präzises Ergebnis gefunden hat. Dabei bleibt es aus Sicht der Landesregierung eine schmerzliche Erkenntnis, dass ohne einige wenige Ausnahmen ein Verbot rechtlich nicht haltbar wäre. Aber diese Auffassung ist inzwischen wiederum - ich habe hierzu schon mehrfach Gerichtsentscheidungen vorgetragen - durch eine weitere gerichtliche Entscheidung bestätigt worden.

In seinem Urteil vom 24. Juli 2008 hat das Bundesverwaltungsgericht zum Flughafen Leipzig-Halle erneut seine Rechtsprechung der letzten zwei Jahre bestätigt, dass ein Nachtflugverbot für die gesamte Nacht bei einem Verkehrsflughafen nicht verhängt werden darf, wenn ein entsprechender Nachtflugbedarf anderweitig nicht bewältigt werden kann. Jede andere Entscheidung als die getroffene hätte zu mehr Nachtflügen und nicht zu weniger Nachtflügen auf dem Frankfurter Flughafen geführt.“

Quelle: Plenarprotokoll des Hessischen Landtags

CDU

Christean Wagner

15. Januar 2009

„Die Beschlüsse des Verwaltungsgerichtshofs sind ein kraftvolles Signal für den Ausbau des Frankfurter Flughafens“, sagte der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Dr. Christean Wagner, zur heutigen Presseinformation des VGHS. Mit der Ablehnung der Eilanträge könne der vom hessischen Wirtschaftsminister Dr. Alois Rhiel genehmigte Ausbau des Frankfurter Flughafens nun zügig realisiert werden. Gleichzeitig begrüßte die CDU die Entscheidung zum Nachtflugverbot. Entgegen allen Einschätzungen nach Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts könnten nun die weiteren Gerichtsverfahren genutzt werden, damit es so wenig wie möglich Nachtflüge gebe. Das Ministerium sei bisher

beim Planfeststellungsbeschluss zurecht auf Nummer sicher gegangen. „Es ist nun umso besser, dass unser Ziel, die Lärmbelastung für die Bevölkerung so gering wie möglich zu halten, leichter verfolgt werden kann“, betonte Wagner abschließend.

Quelle: PE CDU v. 15.01.2009

CDU/FDP

Gemeinsamer Antrag

24. Februar 2009

„Der Landtag betont, dass im Rahmen des rechtlich Möglichen der bestmögliche Schutz der Nachtruhe der Bevölkerung umgesetzt werden muss. Der Landtag erhofft sich eine baldige Klärung der in diesem Zusammenhang bestehenden offenen Rechtsfragen gegebenenfalls durch den Hessischen Verwaltungsgerichtshof und das Bundesverwaltungsgericht. (...)

Der Landtag bittet die Landesregierung, die enge Zusammenarbeit der Flughäfen Frankfurt Rhein-Main und Frankfurt-Hahn weiter zu verbessern. Dadurch wird die Wettbewerbsfähigkeit der Region Rhein-Main weiter gestärkt.“

Quelle: Drucksache 18/77

FDP

Jürgen Lenders

4. März 2009

„Meine Damen und Herren, es ist entscheidend, dass nicht allein der Hessische Landtag, sondern ganz maßgeblich die Gerichte darüber befinden werden, wie es in der Sache nun weitergeht und in welcher Weise der Schutz der Bevölkerung vor dem Fluglärm in den Nachtstunden umgesetzt ist. Es mag den GRÜNEN und anscheinend auch der SPD schwerfallen, zu begreifen, dass nicht allein der politische Wille, sondern auch der Respekt vor der Unabhängigkeit der dritten Gewalt, der Rechtsprechung, zur Demokratie gehört. Eben diese dritte Gewalt befasst sich noch mit den entsprechenden Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss zum Flughafenausbau vom 18. Dezember 2007. Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Hessische Landesregierung und insbesondere Herr Staatsminister Dieter Posch haben klar gesagt, dass sie sich dem Mediationsergebnis verpflichtet fühlen. Allen ist bekannt, dass das Nachtflugverbot eine Komponente des Mediationsverfahrens war. Der Hinweis auf frühere Aussagen des Ministerpräsidenten und des stellvertretenden Ministerpräsidenten zur Frage des Nachtflugverbots in dem vorliegenden Antrag der GRÜNEN ist deshalb überflüssig. Verehrte Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Sie müssen nun endlich einsehen, dass die Landesregierung nicht allmächtig ist, auch wenn es vielleicht manchmal den Anschein haben mag. Meine Damen und Herren, Spaß beiseite. - Entsprechend dem Grundsatz der Gewaltenteilung gibt es Gerichtsurteile, welchen sie sich zu beugen hat.

Quelle: Plenarprotokoll des Hessischen Landtags

CDU

Roland Koch

21. August 2009

Die Ende 2007 erteilte Baugenehmigung, der Planfeststellungsbeschluss, habe den kritischen Augen der Justiz standgehalten, sagte Koch. Dass die Richter die geplante Regelung von 17 erlaubten Nachtflügen bemängelten, stellte er hintenan: „Das ist eine Detailentscheidung.“ (...) „Hier vertritt das Gericht eine Auffassung, die es so in der Rechtsprechung bislang nicht gab.“

Quelle: dpa-Meldung

FDP

Dieter Posch

21. August 2009

Für die vom VGH geforderte Neuregelung des Nachtbetriebs bleibe auch im Falle einer Revision beim Bundesverwaltungsgericht genug Zeit, erklärte der Minister. Dass die Revision in dieser Frage zugelassen sei, zeige, dass auch der VGH der Auffassung sei, dass hier eine schwierige Rechtsmaterie vorliege und es deshalb geboten sein könnte, sie durch eine Entscheidung des obersten deutschen Verwaltungsgerichts für das Planungsrecht insgesamt klären zu lassen. Ob das hessische Wirtschaftsministerium Revision einlege, werde nach Vorlage der Urteilsbegründung entschieden. In jedem Fall werde ein Verfahren zur Planergänzung erst beginnen, wenn ein bestandskräftiges Urteil vorliege.

Quelle: Pressemitteilung

FDP

Rentsch/Hahn

21. August 2009

„Wir begrüßen, dass die letztendliche Entscheidung über die Zulassung von 17 Nachtflügen in der Zeit zwischen 23.00 Uhr und 5.00 Uhr nun dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig vorgelegt werden kann. Dies ist eine rechtliche Frage, die nun in Leipzig geklärt werden muss, so Hahn und Rentsch abschließend.“

Quelle: Pressemitteilung

FDP

Dieter Posch

26. August 2009

Wiesbadener Kurier: Wie reagieren Sie auf die Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs zu Flughafenausbau und Nachtflugverbot?

Posch: Es kann gebaut werden, das ist für mich die gute Nachricht. Politisch problematisch bleiben die betrieblichen Regelungen in der Nacht. Annahmen, jetzt könne das Mediationsergebnis voll und ganz umgesetzt, sprich ein Nachtflugverbot ohne Ausnahmen ausgesprochen werden, sind nur bedingt richtig. Die Richter haben in dieser speziellen Frage

- nämlich welchen Abwägungs-Spielraum die Planfeststellungsbehörde hat - wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung ausdrücklich Revision zugelassen. Die Auffassung des VGH, der Landesentwicklungsplan binde die Planfeststellungsbehörde, teile ich ausdrücklich nicht.

Wird die Landesregierung Revision einlegen?

Posch: Das werden wir entscheiden, wenn die Begründung des Urteils vorliegt. Es spricht einiges dafür. Ich hätte die rechtliche Reichweite einer politisch zustande gekommenen Landesverordnung wie dem Landesentwicklungsplan schon gerne geklärt, weil davon das gesamte Planungsrecht der Bundesrepublik Deutschland tangiert ist.

Was bedeutet das in der Praxis? Geht die neue Landebahn 2011 in Betrieb und wir haben keine Nachtflüge?

Posch: Nein, das glaube ich nicht. Bei einer Revision gehe ich von einer relativ schnellen Entscheidung aus, weil nur noch Rechtsfragen und keine Tatsachen mehr geprüft werden. Wenn das Bundesverwaltungsgericht das VGH-Urteil bestätigt, dann wird das Nachtflugverbot entsprechend der Vorgabe des Gerichts auch umgesetzt. Es entspricht unserer ursprünglichen politischen Absicht. Das Mediationsergebnis spiegelt ja den gesellschaftlichen Konsens in dieser Region wider. Ich verstecke mich da nicht hinter einem Urteil.

Quelle: Interview mit dem Wiesbadener Kurier

FDP

Wolfgang Gerhardt

29. August 2009

„Gerhardt sagte, er glaube nicht, dass der Frankfurter Flughafen "null Flüge pro Nacht aushalten" könne. Darüber hätte man mit der Bevölkerung der Rhein-Main-Region offen sprechen müssen. "Er kann vielleicht mit einer geringeren Zahl zurechtkommen, als es bisher geplant war", so der frühere FDP-Bundesvorsitzende im hr-iNFO-Sommerinterview, stellte aber klar: "Es wird nicht mit null Flügen pro Nacht gehen." Die Ankündigung eines strikten Nachtflugverbots sei daher ein "großer Fehler" gewesen. Der hessische FDP-Spitzenkandidat für die Bundestagswahl nahm auch Ministerpräsident Roland Koch (CDU) und seine eigenen Parteifreunde im Landtag nicht von der Kritik nicht aus. Wörtlich sagte er in hr-iNFO: "Sie interviewen hier den Wolfgang Gerhardt, und der hat die Aussage 'ein komplettes, striktes Nachtflugverbot' von Anfang an für falsch gehalten."

Quelle: hr-online

FDP

Jörg-Uwe Hahn

1. September 2009

Der hessische Justizminister und FDP-Landesvorsitzende Jörg-Uwe Hahn hält im Streit um die Nachtflugregelung am Frankfurter Flughafen eine höchstrichterliche Entscheidung für unumgänglich. Im Zweifelsfall müsse die Frage, ob der Hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) dem Landesentwicklungsplan in seinem Plädoyer für ein absolutes Nachtflugverbot zu Recht eine große Bedeutung beigemessen habe, vom Bundesverfassungsgericht geklärt werden, sagte Hahn. Diese Entscheidung sei aus seiner Sicht deshalb von solcher grundsätzlicher Bedeutung, weil es dabei um das Verhältnis zwischen Exekutive und

Legislative und das Gleichgewicht der Kräfte im demokratischen Rechtsstaat gehe. (...) Er persönlich halte die Argumentation des VGH für falsch, weil sie die Raumplanung des Landes höher bewerte als die bundesgesetzlichen Vorgaben, äußerte Hahn: „Ich habe da eine andere Rechtsposition“.

Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*

FDP

Dieter Posch

5. September 2009

Die hessische FDP hält am politischen Ziel des Nachtflugverbotes fest. Dies hat heute der FDP-Landesvorstand noch einmal auf seiner Sitzung in Oberursel bekräftigt. Damit bezog er klar Stellung gegen die von den Grünen und der SPD über die Medien angezettelte Kampagne, die behauptet, die FDP stehe nicht mehr zu Ihren Beschlüssen.

Gleichzeitig hat der frühere stellvertretende Landesvorsitzende und jetzige hessische Wirtschaftsminister Dieter Posch den FDP-Landesvorstand am Samstag über das Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs (VGH) vom 21.8.2009 zum Ausbau des Frankfurter Flughafens unterrichtet.

Posch machte deutlich, dass der VGH mit der Aufhebung der Nachtflugregelungen des Planfeststellungsbeschlusses vom Dezember 2007 erstmals Bestimmungen des Landesentwicklungsplans als Vorgaben für die Anwendung des Luftverkehrsgesetzes interpretiert. Damit gehe er weit über die bisherige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts hinaus. Setze sich die Sichtweise des VGH durch, werde dies grundsätzliche Auswirkungen auf das gesamte deutsche Planungsrecht haben. Deshalb spreche einiges für eine Revision. Indem der VGH dieses Rechtsmittel in diesem Punkt ausdrücklich zulasse, weise er selbst den Weg zu einer letztinstanzlichen Klärung.

Quelle: *Presseerklärung*

CDU

Karlheinz Weimar

6. September 2009

„Die Lufthansa ist ein Partner, deren Argumente man ganz genau anhören sollte. Zumal wir uns in Konkurrenz zu anderen Flughäfen nicht einfach für ein paar Stunden aus dem Flugbetrieb auskoppeln können. Andererseits ist dem Ruhebedürfnis der Anwohner auch Rechnung zu tragen.“

Quelle: *Interview mit der Fuldaer Zeitung*

FDP

Dieter Posch

25. März 2010

„Es geht in der Tat um Rechtssicherheit, und es geht um zwei Fragen, die in dieser Revision zu entscheiden sind. Erstens geht es um die Frage: Gibt es eine Bindungswirkung der Begründung des Landesentwicklungsplans? - Am 22. Dezember habe ich Ihnen dargestellt, dass diese Frage ganz unabhängig von dem Ausbau des Frankfurter Flughafens für eine Vielzahl von Investitionen und Infrastrukturmaßnahmen in diesem Land von Bedeutung ist. Diese Frage wollen wir geklärt wissen. Ich sage Ihnen sehr deutlich: Ich bin dort anderer Auffassung als der Hessische Verwaltungsgerichtshof.“

Plenarprotokoll des Hessischen Landtags

CDU

Volker Bouffier

7. September 2010

„Meine Damen und Herren, insbesondere der Frankfurter Flughafen ist nicht nur die größte Betriebsstätte Deutschlands mit über 70.000 Arbeitsplätzen. Er ist zunehmend auch der wirtschaftliche Herzmuskel unseres Landes. Deshalb war die Ausbauentcheidung zwingend und richtig. Wir werden auch künftig die Ergebnisse des Dialogprozesses im Forum Flughafen und Region berücksichtigen.“

Plenarprotokoll des Hessischen Landtags